



Presseschau vom 01.02.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

wpered.su: **Kinder Makejewkas erhielten Neujahrsgeschenke von der KPRF**

In dieser Woche fand eine Ausgabe von Neujahrsgeschenken von der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation an die Kinder des Donbass statt. Dies teilte ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Im Namen der Familien, die Neujahrsgeschenke von der KPRF erhielten, sagte der zweite Sekretär des Zentralkomitees des Leninschen Komsomol der DVR Anton Sajenko:

„Die Kommunisten der Russischen Föderation haben das Volk des Donbass seit 2014 nicht mit seinen Problem und Leid allein gelassen. Sie leisten regelmäßig mit Lebensmitteln, Medikamenten und Kleidung, die von nicht gleichgültigen Kommunisten in ganz Russland gesammelt werden, Hilfe, die für die Menschen, die in unserem vom Krieg verbrannten Gebiet leben, sehr nützlich ist. Unschätzbar ist die politische Unterstützung der KPRF für die Donezker und Lugansker Republik sowohl in Russland als auch im Ausland. Dank euch, Genossen, für die Aufmerksamkeit und Unterstützung für die Einwohner des Donbass, die Kinder unserer jungen, aber starken Republik!

vormittags:

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen dreimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Solotoje-5**, **Prischib** und die **Umgebung des Denkmals**

des Fürsten Igor bei Staniza Luganskaja.

Geschossen wurde mit 120mm-Mörsern, Granatwerfern und und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

de.sputniknews.com: **Russland reduziert Anlagen in US-Staatsanleihen um knapp zwei Milliarden Dollar**

Russland hat laut den Angaben des US-Finanzministeriums seine Anlagen in amerikanischen Wertpapieren um circa zwei Milliarden US-Dollar reduziert.

Im November 2018 betrugen demnach die russischen Investitionen in die amerikanischen Schatzpapiere 12,814 Milliarden US-Dollar. Im Vergleich zum Oktober sind es um 1,815 Milliarden US-Dollar weniger.

Während des Jahres 2018 reduzierte Russland wesentlich seine Anlagen in US-Staatsanleihen, jedoch wurde im September und Oktober ein kleines Wachstum der russischen Investitionen fixiert.

China verfügt beispielsweise über ein Paket von US-Staatsanleihen im Wert von 1,1 Billionen US-Dollar und belegt somit den ersten Platz. Im November kürzte Peking dann aber seine Investitionen um mehr als 17 Milliarden US-Dollar.

Im April 2018 hatte Russland Schatzpapiere des US-Finanzministeriums im Wert von 47,5 Milliarden Dollar verkauft und rutschte somit vom 16. auf den 22. Platz auf der Liste. Im März 2018 hatte Russland über amerikanische Staatsanleihen im Wert von 96,1 Milliarden US-Dollar verfügt.

Vor elf Jahren begann Moskau, erheblich in US-Staatsanleihen zu investieren. Der Höchstwert von 176,3 Milliarden Dollar wurde in Oktober 2010 erreicht.

Dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 31. Januar 3:00 Uhr bis 01. Februar 3:00 Uhr**

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 17.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Golmowskij, Sajzewo), Jasinowataja, Krutaja Balka, Wasiljewka, Spartak, Shabitschewo, Donezk (Volvo-Zentrum), Staromarjewka, Leninskoje, Sachanka.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, geriet das Gebiet der Wasiljewskaja-Pumpstation erster Ebene der Jushnodonbaskij-Wasserwerke unter Beschuss der BFU.

Dank der Anstrengungen der Vertretung der DVR im GZKK gelang es, eine Feuereinstellung von Seiten der BFU zu erreichen und ein Regime der Ruhe in diesem Gebiet einzurichten.

Der Schichtwechsel des Personals wurde erfolgreich abgeschlossen.

Nach genaueren Informationen wurde am 30.01. durch Beschuss von Seiten der BFU ein Wohnhaus in Alexandrowka in der Schewtschenko-Straße 79 beschädigt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 54.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 123.

Ab 01:01 Uhr am 29. Dezember 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe

erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueereinstellung im Zusammenhang mit den Neujahrs- und Weihnachtsfeiertagen in Kraft.

de.sputniknews.com: **Deutsche Marine entsendet Schiff ins Schwarze Meer**

Die Deutsche Marine entsendet einem Medienbericht zufolge ein Schiff ins Schwarze Meer. Vor dem Hintergrund des Kertsch-Konfliktes soll der Tender Werra Bulgarien besuchen. Der Tender Werra wird im Februar ins Schwarze Meer aufbrechen und die beiden größten Seehäfen Bulgariens, Burgas und Warna, besuchen. Das geht aus einer Antwort des Bundesverteidigungsministeriums auf Anfrage der Deutschen Welle hervor. Es handle sich um eine planmäßige Mission im Rahmen des Ständigen Nato-Minenabwehrverbandes, hieß es. Eine Stationierung weiterer Schiffe der Deutschen Marine im Schwarzen Meer sei nicht geplant.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hatte Ende 2018 Deutschland und die Nato aufgerufen, Kriegsschiffe ins Asowsche Meer zu entsenden, nachdem die russische Küstenwache drei ukrainische Marineschiffe wegen Grenzverletzung aufgebracht hatte. ...

Mil-lnr.info: Im Zusammenhang mit der zu erwartenden Verschlechterung der Wettbedingungen und einer großen Menge von Schnee in der zweiten Hälfte des Februars und um massenhafte Verkehrsunfälle auf den Straßen der Republik zu verhindern, wird in den Einheiten der Volksmiliz der LVR eine Überprüfung des Zustands der Technik vorgenommen, die zur Beseitigung von Notfällen und zur Räumen der Straßen zusammen mit dem Straßendienst des Infrastruktur- und Verkehrsministeriums der DVR verwendet werden kann.

de.sputniknews.com: **Trügerische Satellitengefahr: USA versetzten Emirate in Furcht**

Das US-Militär hat die Vereinigten Arabischen Emirate laut Feststellung russischer Fachleute in die Irre geführt, indem es die Gefahr einer Kollision des arabischen Satelliten YahSat-1B mit einem russischen Weltraumgerät meldete. Das geht aus einem Dokument des Astrokosmischen Zentrums des russischen Lebedew-Instituts für Physik hervor.

Nach Angaben der Wissenschaftler waren die VAE im Mai 2018 über eine gefährliche Annäherung ihres Satelliten mit dem russischen Satelliten „Lutsch“ (engl. „Luch“) informiert worden. Wie das US-Militär behauptete, sollten die beiden Satelliten in einer Entfernung von nur 140 Metern bis 9,65 Kilometern zueinander fliegen.

„Das Außenministerium Russlands und die Staatskorporation ‚Roskosmos‘ ... waren gezwungen, diesbezügliche Anfragen der VAE zu beantworten, die diese Situation als gefährlich betrachteten und nicht ausschlossen, dass dahinter eine Absicht der russischen Seite stecke“, heißt es in dem Dokument.

Der arabische Satellit wurde zu einem Abweichmanöver gebracht. Angaben des russischen Gefahrenwarnsystems war jedoch zu entnehmen, dass der Abstand zwischen den beiden Satelliten in Wirklichkeit mindestens 40 Kilometer betragen habe.

Der arabische Kommunikationssatellit militärischer und ziviler Zweckbestimmung YahSat-1B war im April 2012 ins All geschickt worden. Der russische Satellit „Lutsch“ wurde im September 2014 in den Orbit geschossen.

nachmittags:

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 26. Januar bis 1. Februar 2019**

Guten Tag! Ich stelle Ihnen zusammengefasste Informationen über die Lage in der Republik vor.

In den letzten 24 Stunden wurden **17 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung**

festgestellt, es wurden zehn Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kriegsverbrecher der 30. mechanisierten Brigade unter Anführerschaft von Garas die Gebiete von **Sajzewo** und **Golmowskij** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 57. Panzergrenadier- und der 93. mechanisierten Brigade unter Anführerschaft der Kriegsverbrecher Mischantschuk und Klotschkow aus die Gebiete von **Krutaja Balka**, **Wasiljewka**, **Shabitschewo**, **Spartak** und das **Gelände des Flughafens von Donezk** mit Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer der 79. Luftsturm- und der 128.

Gebirgssturmbrigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Kuratsch und Chog das Gebiet von **Starmarjewka**, **Leninskoje** und **Sachanka** mit Mörsern des Kalibers 120mm, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt angespannt. Die Intensität des Beschusses von Seiten der BFU bleibt auf dem bisherigen Niveau. Insgesamt wurden **in der letzten Woche 100 Beschießungen auf die Gebiete von 17 Ortschaften** der Republik mit Mörsern des Kalibers 120 bzw. 82mm, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen festgestellt.

In der letzten Woche haben Kämpfer aus der 93. Brigade auf Befehl von Klotschkow **zweimal zielgerichtet die Pumpstation erster Ebene der Jushnodobasskij-Wasserwerke im Gebiet von Wasiljewka beschossen** und so das Leben und die Gesundheit ihrer Mitarbeiter gefährdet. Die Arbeiter der Station haben in den Jahren der ukrainischen Aggression gelernt, sich schnell im Schutzraum in Sicherheit zu bringen. Nur dank dessen wurde keiner von ihnen verletzt.

Außerdem haben Kämpfer aus der 58. Panzergrenadierbrigade in der letzten Woche auf Befehl von Drapatyj einen zielgerichteten Beschuss eines Wohnhauses in der Schaschurin-Straße in der Siedlung des Gagarin-Bergwerks vorgenommen. Die Kugeln der ukrainischen Kämpfer trafen ein Fenster einer der Wohnungen. Außerdem haben Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade auf Befehl von Kuratsch Kominternowo beschossen, dabei entstand ein Brand an einem Haus in der Watutin-Straße. Die Kriegsverbrecher aus der 28. mechanisierten Brigade unter Kommando von Martschenko beschossen Alexandrowka, dabei wurde ein Haus in der Schewtschenko-Straße beschädigt. **Zum Glück gab es in der letzten Woche keine Toten und Verletzten unter den friedlichen Bürgern.**

Während des Monitorings der festgelegten Lagerorte für abgezogene schwere Technik haben die OSZE-Beobachter 45 152mm-Haubitzen „MSTA-B“ und 18 152mm-Haubitzen „Giazint-B“ nicht angetroffen.

Außerdem haben die OSZE-Beobachter Waffen der BFU in Verletzung der Abzugslinien vorgefunden: 20 122mm-Haubitzen „Gwodika“, 8 122mm-Mehrfachraketenwerfer „Grad“, 11 120mm-Artilleriegeschütze „Nona-S“.

Trotz der strengen Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung durch die Einheiten der Volksmiliz der Republik führt das Kommando des 131. Aufklärungsbataillons weiter das übergeordnete Kommando in die Irre, indem es über Fake-Beschuss ihrer Positionen berichtet, um verkaufte Waffen abzuschreiben. Im Ergebnis einer Inventarisierung von Waffen im 131. Bataillon sind vier automatische Waffen und ein Kalaschnikow-Maschinengewehr als angeblich infolge von Beschuss vernichtet angegeben, die aber tatsächlich an Freiwillige verkauft wurden.

Außerdem haben **am 18. Januar an einem provisorischen Stationierungspunkt des 131. Aufklärungsbataillons im Gebiet von Uspenkowka** Aufklärer, die qualitativ minderwertigen Alkohol zu sich genommen hatten, ein **Lager mit Militärtechnik in Brand gesetzt**. Infolge des Brandes gerieten zwei Schützenpanzer und ein GAS-66-Fahrzeug in Brand und wurden vollständig funktionsunfähig. Das unternehmerische Kommando des

Bataillons entschied, nach dem Prinzip „die Scheune ist abgebrannt, soll auch das Haus brennen“ zu handeln: wenn man die verbrannte Technik schon nicht verheimlichen kann, so muss man aus dieser Situation einen maximalen Nutzen für sich selbst herausholen. Im Endeffekt wurde in allen Berichten und Dokumenten über die Abschreibung der drei durch einen Brand vernichteten Geräte hinzugefügt: 3000 Patronen für Schusswaffen, 200 Sprengstoffpakete sowie eine große Zahl von anderem zuvor verlorenem Material – Schutzwesten, Zelte, Matratzen usw. Die abgeschriebenen Patronen und den Sprengstoff haben die Aufklärer bis zu einem Besuch von Freiwilligen im Bataillon versteckt, um mit ihnen ein weiteres gutes Geschäft zu machen.

Das moralisch-psychische Niveau des Personals der Einheiten und Truppenteile der BFU an der Front sinkt weiter ab. Die ukrainischen Kämpfer drücken sich mit allen möglichen Mitteln vor der Ausführung verbrecherischer Befehle des Kommandos. Außerdem schiebt das ukrainische Kommando weiter nicht kampfbedingte Verluste in der Kampfzone auf Fake-Beschuss und beschuldigt dabei die Volksmiliz der Republik. Von einer Quelle im militärischen Rechtsordnungsdienst haben wir **Informationen über zwölf Fälle von vorsätzlicher Selbstverletzung in den Reihen der ukrainischen Kämpfer**, die an der Operation der Besatzungskräfte beteiligt sind, erhalten, die im Januar dieses Jahres registriert wurden.

Die zunehmenden Fälle von Selbstmord, nicht kampfbedingten Verlusten, Desertion und der Unwille der Bürger der Ukraine, Dienst in den Reihen der ukrainischen bewaffneten Formationen zu tun, sind die hauptsächlichen Ursachen der niedrigen Personalausstattung der Einheiten in der Zone der Operation der Besatzungskräfte.

Nach uns vorliegenden Informationen betragen die nicht kampfbedingten Verluste in den Reihen der ukrainischen Formation im Jahr 2018 374. Den ersten Platz im Rating der nicht kampfbedingten Verluste nimmt der Tod durch Alkoholismus ein, den zweiten Selbstmord, das Siegerpodest vervollständigt die Drogensucht, darauf folgen Todesfälle infolge nicht ordnungsgemäßer gegenseitiger Beziehungen sowie aufgrund der Verletzung von Sicherheitsregeln beim Umgang mit der Waffe. **Im Jahr 2018 wurden 94 Selbstmorde festgestellt. Ich merke an, dass sieben von ihnen vom Kommando verheimlichte vorsätzliche Morde von ukrainischen Kämpfern an ihren Kameraden sind.**

Wir erhalten weiter Informationen über die **Ausbildung ukrainischer Kämpfer durch NATO-Instrukteure**. Das Kommando der Marineinfanterie der Seestreitkräfte der Ukraine und der 57. Panzergrenadierbrigade wählen Kandidaten für die Ausbildung von Scharfschützen im 169. Ausbildungszentrum aus. Nach dem Lehrgang werden sie in die Kampfzone geschickt, um einen Scharfschützenkrieg gegen die Bevölkerung der Republik durchzuführen. Wir rufen alle diejenigen, die „Elitemörder“ werden sollen, auf, darüber nachzudenken wohin ihre „Kollegen“ so schnell verschwinden und warum es so viele „freie“ Plätze gibt.

In der letzten Woche hat die Volksmiliz mit Unterstützung von Freiwilligen und gesellschaftlichen Aktivisten zwei Aktionen durchgeführt, damit Kinder aus frontnahen Gebieten kulturelle und Freizeiteinrichtungen von Donezk besuchen können. Die Schüler einer Musikschule der Siedlung des Abakumow-Bergwerks haben das Kino und Freizeitzentrum „Funtura“ besucht und für Kinder aus Dokutschajewsk wurde ein breites Exkursionsprogramm organisiert, einschließlich eines Besuchs im heimatkundlichen Museum und im Museum des Großen Vaterländischen Krieges.

de.sputniknews.com: **USA zu Verlegung von 24 „Tomahawk“-Raketen auf Festland schon jetzt fähig – Moskau**

Russland schließt nicht aus, dass schon jetzt 24 amerikanische Marschflugkörper vom Typ „Tomahawk“ am Boden auftauchen können. Dies sagte der russische Vizeaußenminister Sergej Rjabkow gegenüber dem TV-Sender „Rossija 24“.

„Wir können nicht die Augen davor verschließen, dass potentiell bei dem schlimmsten Szenario bereits jetzt 24 bodengestützte Marschflugkörper des Typs ‚Tomahawk‘ in der Atomausstattung auftauchen können“, sagte Rjabkow.

„Die Positionierung solcher Startanlagen am Boden – also universeller Startanlagen – ist ein direkter Verstoß gegen den Vertrag (INF-Vertrag - Anm. d. Red.). Diese Startanlagen setzt die US-Marine auf ihren Schiffen ein, die abhängig von der Mission, den Aufgaben, die das Schiff erfüllt, entweder mit Abfangraketen oder mit ‚Tomahawks‘ für Angriffszwecke oder mit ballistischen Raketen ausgerüstet werden.“

Insgesamt 48 Marschflugkörper

Ferner sagte der Vizeaußenminister: „Sobald in Polen die Aegis-Kampfsysteme stationiert sein werden, werden ihnen noch 24 (Marschflugkörper) hinzugefügt; das sind dann insgesamt 48 Stück mit einer Reichweite von 2500 Kilometern“, erläuterte er. Dabei verwies er darauf, dass einige Bezirke des europäischen Teils der Russischen Föderation in der Reichweite dieser Raketen liegen könnten. „Wir können eine solche Bedrohung nicht ignorieren.“

„Wir können nicht einfach glauben, was die Amerikaner sagen, also dass sie angeblich keine Absichten hätten, Mittel solcher Art in den Komplexen Aegis Ashore einzusetzen“, betonte Rjabkow.

Startanlagen, die auch „Tomahawk“-Marschflugkörper starten können

Der Bau des Objekts Aegis Ashore in Deveselu (Rumänien) wurde im Mai 2015 beendet, im Dezember 2015 wurde das System in Betrieb genommen. Ein weiteres solches Objekt soll im Norden von Polen (nahe Redzikowo, Ostseeküste) fertiggestellt werden, die Bauarbeiten begannen am 13. Mai 2016.

Aegis Ashore ist eine Version des bordgestützten Systems Aegis, bei dem eine spezielle Ausstattung demontiert wurde, die wegen der Verlegung der Anlage von Schiffen auf das Festland unnötig wurde. Die Konstruktion aus Stahl mit der Höhe eines viergeschossigen Hauses ist rund 900 Tonnen schwer und sieht aus wie der Aufbau eines Kreuzers des Typs Ticonderoga, der mit einer universellen vertikalen Startanlage für Raketen (jetzt sind es Standard SM-3 Block IA) ergänzt wurde. In der Anlage befinden sich elektronische Modulelemente.

Russland verwies mehrmals darauf, dass die in Aegis Ashore genutzten universellen vertikalen Startanlagen Mk.41 technisch nicht nur für Anti-Raketen, sondern auch für Starts von Langstrecken-Marschflugkörpern wie Tomahawk eingesetzt werden können. Aegis Ashore verstößt in diesem Fall aus Moskaus Sicht gegen den INF-Vertrag, demzufolge die Seiten sich verpflichteten, keine bodengestützten Startanlagen für Marschflugkörper mit einer Reichweite von 500 bis 5500 Kilometern zu stationieren.

Laut dem Pentagon sind die US-Raketenabwehrsysteme Aegis Ashore in Rumänien und Polen nicht fähig, „Tomahawk“-Marschflugkörper zu starten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32368/20/323682098.jpg>

Dnr-online.ru: Heute gratulierten der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Wladimir Bidjowka und die stellvertretende Vorsitzende Olga Makejewa dem Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges Gusman Ibragimowitsch Safin im Namen des Volkssowjets zum 95. Geburtstag.

„Heute haben wir einem großen Menschen gratuliert, dem Veteranen Gusman Ibragimowitsch Safin. Wir ehren einen Menschen, der im blockierten Leningrad war und am Durchbruch durch die Blockade teilgenommen hat, was eine Heldentat ist, die für einen russischen Menschen bezeichnend ist. Ich möchte, dass die jungen Menschen sich an unseren Veteranen, wirklichen Helden, ein Beispiel nehmen. Wir können von ihnen viel erhalten“, sagte Wladimir Bidjowka.

„Uns ist es sehr wichtig und wertvoll heute bei unserem Jubilar zu Gast zu sein. Gusman Ibragimowitsch ist Vertreter einer Generation, die eine schwierige, aber mit Heldentaten erfüllte Zeit durchlebt haben. Für uns sind solche Menschen ein wunderbares Vorbild und eine zuverlässige Orientierung im weiteren Leben“, sagte Olga Makejewa.

Ukrinform.ua: **Krise im Asowschen Meer: USA und EU ziehen neue Russland-Sanktionen in Betracht – Kurt Volker**

Die USA und EU denken über neue Sanktionen gegen Russland wegen der Inhaftierung der ukrainischen Marinesoldaten und der Blockade der Straße von Kertsch nach.

Das erklärte der US-Sonderbeauftragte für die Ukraine Kurt Volker während einer telefonischen Pressekonferenz am Donnerstag.

Volker habe zahlreiche Gespräche mit Vertretern der EU und NATO, im Dezember in Brüssel, und danach viele Treffen in Washington gehabt. „Und ich kann sagen, dass sowohl die USA als auch Europa zusätzliche Maßnahmen in Betracht ziehen, die wir treffen müssen, wenn Russland die Matrosen (ukrainische - Red.) nicht freilassen und seine Kontrolle über die Straße von Kertsch behalten sollte“, sagte Volker.

Nach den Worten des Sonderbeauftragten würden die USA die Krim-Sanktionen im Februar wie gewöhnlich überprüfen. Die EU erwäge auch „zusätzliche Sanktionen“, sie habe aber die Entscheidung noch nicht getroffen.

Russische Grenzschutzschiffe hatten am 25. November in der Straße von Kertsch drei ukrainische Marineschiffe festgesetzt. Die Besatzungen der Schiffe wurden inhaftiert. Jetzt befinden sich 24 Marinesoldaten im Moskauer Untersuchungsgefängnis „Lefortowo“. Ihnen wird illegaler Grenzübertritt vorgeworfen. Alle Marinesoldaten bezeichnen sich als Kriegsgefangene.

Dan-news.info: Das staatliche Unternehmen „Post des Donbass“ plant im Jahr 2019 20 neue Briefmarken herauszugeben. Dies teilte heute der Pressedienst des staatlichen Unternehmens mit.

„Das staatliche Unternehmen ‚Post des Donbass‘ stellt offiziell den Plan zur Herausgabe von staatlichen Briefmarken, Umschlägen und Stempeln für das Jahr 2019 vor. Es sind 20 neue Marken geplant, die herausragenden Menschen, wichtigen Ereignissen, bekannten Daten und Berufsfeiertagen gewidmet sind“, teilte der Pressedienst mit.

Nach Angaben des Unternehmens ist die Herausgabe einer Marke zum 140. Geburtstag des herausragenden sowjetischen Staatsmanns, Führer der UdSSR (1924-1953) Josif Stalin geplant; ein Block wird dem 50. Geburtstag des bekannten ukrainischen Publizisten Oles Busina gewidmet sein, außerdem wird es eine Serie „Große Menschen des Donezker Gebiets“ und Marken zum 150. Jahrestag von Donezk geben.

de.sputniknews.com: **„Guaidó ist für uns kein Staatschef“ – Kreml weiß nichts von**

Venezuelas Gold

Der Kreml tritt Medienberichten entgegen, laut denen die russische Regierung in den angeblichen Verkauf venezolanischer Goldbestände verwickelt sein könnte, sieht das Kabinett des angeschlagenen südamerikanischen Landes zu solchen Deals jedoch durchaus berechtigt. Russland hat laut Kreml-Sprecher Dmitri Peskow mit den mutmaßlichen Geschäften mit venezolanischem Gold nichts zu tun. „Mir ist davon nichts bekannt“, antwortete Peskow am Montag auf die Frage, ob Russland mit Venezuela über dessen Gold verhandelt habe. „Weder der Kreml noch die Regierung haben damit etwas zu tun. Jedenfalls habe ich keine Informationen darüber, dass jemand hier damit etwas zu tun hat.“

Dabei betonte der Kreml-Sprecher, Venezuela habe durchaus das Recht, Geschäfte mit dem eigenen Gold abzuwickeln: „Es geht um ein souveränes Recht Venezuelas, um seine innere Angelegenheit.“

Russland sehe Nicolás Maduro weiter als legitimen Präsidenten Venezuelas und erkenne den selbsternannten Staatschef Juan Guaidó nicht an.

„Herr Guaidó ist Parlamentsvorsitzender und für uns kein Staatschef ... Die Regierung von Maduro ist weiter unser Partner in Venezuela“, so Peskow.

Medien hatten berichtet, dass die venezolanische Regierung mitten in der Staats- und Wirtschaftskrise die Goldreserven ins Ausland schaffe. Zuerst war in den Berichten von Russland als möglichem Zielort die Rede, dann von den Vereinigten Arabischen Emiraten. Zuvor soll die Bank of England der Regierung in Caracas den Zugriff auf das in ihren Tresoren liegende venezolanische Gold verweigert haben. ...

Dnr-online.ru: Vom 4. bis 8. Februar führt das Zentrum für die Gesundheit der Frau des klinischen Eisenbahnerkrankenhauses von Donezk für die Mitarbeiter der Verkehrsbranche kostenlose Maßnahmen zur Prophylaxe von Krebserkrankungen bei Frauen durch. Bei den Terminen bei Gynäkologen im Gesundheitszentrum können die Patientinnen mehr über die Vorbeugung solcher Krankheiten erfahren, Konsultationen bei Spezialisten erhalten und eine Untersuchung durchlaufen.

Ukrinform.ua: Pipeline über Umweg: Bulgarien und Russland schließen Vereinbarung ab Bulgarien hätte sich verpflichtet, eine neue Gaspipeline zu bauen, um russisches Erdgas aus der Türkei nach Serbien zu pumpen. Dies teilt EUobserver mit.

„Bulgarien hat sich verpflichtet, eine neue Gasleitung für Lieferung russischen Gases aus der Türkei nach Serbien zu bauen. Zuvor haben drei Unternehmen, das russische Gazprom, das bulgarische Bulgargaz und die schweizerische MET Holding AG Verträge über dessen Nutzung abgeschlossen“, heißt es in Mitteilung.

Es wird betont, dass dieses Projekt im Wert von €1,4 Mrd. die Abhängigkeit der Europäischen Union von Erdgas verstärken und die „ukrainische Sicherheit zerstören“ könne, wie Diplomaten der Europäischen Union und der USA befürchten.

Lug-info.com: „Insgesamt haben mehr als 500.000 Bürger der LVR Sozialzahlungen erhalten“, teilte heute die Arbeits- und Sozialministerin der LVR Swetlana Malachowa mit. Die Ministerin unterstrich, dass im Jahr 2018 die Höhe einiger Sozialunterstützungen gesteigert wurde. Insbesondere sind von der Regierung der Republik die Rentenzahlungen zweimal erhöht worden, die 436.800 Personen erhalten.

„Die Unterstützung für bedürftige Familien wurde um 33% erhöht, der Zuschlag für Familien mit behinderten Kindern wurde um mehr als das Dreifache erhöht, die Unterstützung bei Schwangerschaft und Geburt, die Unterstützung für Waisenkinder und Kinder ohne elterliche Vormundschaft, die Unterstützung für seit ihrer Kindheit behinderte Menschen wurden fast um das Zweifache erhöht“, berichtete Malachowa und erläuterte, dass in der LVR etwa 66.000 Einwohner leben, die verschiedene Arten von Unterstützung erhalten.

„Derzeit wird die Frage der Neuberechnung der Höhe der monatlichen Versicherungszahlungen für von Arbeitsunfällen Betroffene behandelt“, fügte sie hinzu. Sie teilte auch mit, dass derzeit 34.000 Menschen auf den Listen des Sozialversicherungsfonds für Arbeitsunfälle und Berufserkrankungen stehen.

de.sputniknews.com: **Bundesmarine vor der Krim? Kiew träumt von deutscher Ordnung im Schwarzen Meer**

Swobodnaja Pressa

Kiew ist es angeblich gelungen, Berlin davon zu überzeugen, Schiffe der deutschen Marine ins Schwarze Meer zu entsenden. Ukrainische Medien feiern die Nachricht als den Vorboten der baldigen Niederlage, die Russland in der Straße von Kertsch durch „die deutsche Armada“ erleiden werde, schreibt das Portal „Swobodnaja pressa“.

Kiew hat mit Berlin angeblich vereinbaren können, so das Portal, dass die deutsche Marine den US-Zerstörer „Donald Cook“, der in der zweiten Januarhälfte im Schwarzen Meer patrouillierte, ablöst. Das amerikanische Kriegsschiff war am 19. Januar ins Schwarze Meer eingelaufen, um dort für „Sicherheit und Stabilität“ zu sorgen, wie es offiziell hieß. Am 28. Januar hat das Schiff das Schwarze Meer wieder verlassen.

Das ukrainische Verteidigungsministerium erklärt, die deutsche Führung habe zugesichert, die Ukraine weiterhin beim Widerstand gegen „Russlands bewaffnete Aggression“, auch im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Straße von Kertsch, zu unterstützen – unter anderem „durch die Sicherstellung militärischer Präsenz der deutschen Marineschiffe im Schwarzen Meer“.

Eine vom ukrainischen Vize-Verteidigungsminister Anatoli Petrenko angeführte Delegation habe darüber am 30. Januar mit dem Osteuropa-Direktor des Auswärtigen Amts, Michael Siebert, und dem parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesverteidigungsministerium, Thomas Silberhorn, gesprochen.

Zur Erinnerung: Außenminister Heiko Maas hatte gerade erst am 19. Januar erklärt, die freie Durchfahrt in der Straße von Kertsch sei zurzeit gegeben.

Die Möglichkeit, das amerikanische Kampfschiff abzulösen, hat die deutsche Marine, technisch gesehen, schon. „Die Bundesmarine verfügt über einige Fregatten. Eines oder zwei dieser Schiffe ins Schwarze Meer zu schicken, ist theoretisch möglich, zum Flagge-Zeigen sozusagen“, erklärt der Politologe Alexander Kamkin, leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Deutschlandstudien des Europa-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften.

Indes berichtet die Deutsche Welle, die Bundesmarine entsende den Versorger „Werra“ ins Schwarze Meer. Das Schiff werde diesen Monat im Rahmen eines Nato-Minenabwehrverbandes einen Einsatz fahren. Der Versorger werde dabei die bulgarischen Häfen Burgas und Warna anlaufen. Weitere deutsche Schiffe ins Schwarze Meer zu entsenden, ist dem Medienbericht zufolge nicht geplant.

Um es zu betonen: Es handelt sich um einen Versorger. Nicht einmal eine Fregatte, würde denn eine entsendet, wäre es eine ernste militärische Bedrohung im Schwarzen Meer, so der Experte Kamkin: „Es wäre eine rein symbolische Aktion.“

Aber davon abgesehen: „Noch haben die deutschen Politiker die Erklärung des ukrainischen Verteidigungsministeriums über die angeblich zugesicherte Unterstützung nicht bestätigt. Warten wir also erst einmal die offizielle Erklärung aus Berlin ab“, sagt der Politologe laut dem Portal.

Was das deutsche Verhältnis zur Ukraine im Allgemeinen anbelangt, so sei die Position Berlins eine zweischichtige, erklärt der Experte: „Einerseits ist Deutschland natürlich für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, für den Bau von Gaspipelines und für russisches Gas. Im Politischen aber nimmt Berlin die Position Kiews seit 2014 – um es diplomatisch zu sagen – sehr ernst.“

Dass die Kiewer Führung mit Berlin eine Unterstützung im Schwarzen Meer vereinbart hat, sei insofern nicht auszuschließen, sagt der Analyst: „Zumal Präsident Poroschenko kurz vor den Wahlen unbedingt zeigen muss, dass er von europäischen Staaten unterstützt werde.“ Warum die EU den ukrainischen Präsidenten überhaupt unterstützt, ist eine Frage für sich – eine wichtige Frage. Beispielsweise fordert die EU Russland dazu auf, die ukrainischen Seeleute, die beim Vorfall im Schwarzen Meer von der russischen Küstenwache festgesetzt wurden, „unverzüglich und vorbehaltlos“ freizulassen, schreibt das Portal. Der Politologe dazu: „Ich bin mir absolut sicher: Hätte die ukrainische Küstenwache ein russisches Schiff irgendwo an der ukrainischen Küste aufgebracht, hätten die Europäer nichts dazu gesagt. Das sind die allseits bekannten Doppelstandards ...“ Dabei ist es doch so: Die ukrainischen Kampfschiffe sind in russische Gewässer eingefahren, die schon lange vor 2014 russisch waren, schreibt das Portal. Die erste Warnung, dass die russische Grenze verletzt werde, richtete die Küstenwache an die ukrainischen Kampfboote in einem Abschnitt des Schwarzen Meeres, der zur russischen Region Krasnodar gehört. Aber: „Ich fürchte, die europäischen Politiker wissen das gar nicht. Diese voreingenommene Haltung gegenüber Russland ist für viele westliche Spitzenpolitiker sehr typisch, leider auch für deutsche“, sagt der Experte laut dem Portal. Ihren Grund hat diese einseitige Sicht der westlichen Politik teils auch darin, so der Politologe, dass der Westen die Kiewer Führung mitschaffen hat: „Man hört sich Kiews Positionen wohlwollender an, wenn es nicht gerade um unverhohlenen faschistische Ausfälle geht.“ Plus: „Berlin ist ja immer noch sehr abhängig von der Weltpolitik des Großen Bruders“, sagt Kamkin: „Auch deshalb sehen wir dieses einseitige Spiel.“



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32380/16/323801607.jpg>

Lug-info.com: Die Abteilung für innere Sicherheit des staatlichen Komitees für Steuern und Abgaben (SKSA) der LVR hat im Jahr 2018 gegenüber 142 Mitarbeitern der Steuerorgane Maßnahmen ergriffen, zehn von ihnen wurden entlassen.

Die Behörde erinnerte daran, dass die Abteilung für innere Sicherheit bei der Gründung des Steuerdienstes geschaffen wurde, um Arbeit zu leiten, die auf die Entdeckung und Beendigung negativer Erscheinungen von Korruptionscharakter von Seiten der Steuerbeamten zielt.

„Im Jahr 2018 haben die Mitarbeiter der Abteilung für innere Sicherheit 202 Ermittlungen und andere Kontrollmaßnahmen durchgeführt. Zum Abschluss der Kontrollen bestätigten sich Verstöße in 94 Fällen“, heißt es in der Mitteilung

„Maßnahmen disziplinarischen und prophylaktischen Charakter wurden gegenüber 71 Mitarbeitern der Steuerorgane ergriffen, 16 erhielten eine offizielle Warnung, 45 wurden

disziplinarisch zur Verantwortung gezogen und zehn entlassen. Es wurden materielle Werte in einer Gesamtsumme von 131.000 Rubel konfisziert“, teilte das Komitee mit und merkte an, dass drei Fälle an die Generalstaatsanwaltschaft und einer an das MfS der LVR weitergegeben wurden.

„Arbeit im Vorhinein ist die Devise der Abteilung. Korruption verhindern bedeutet auch, dass negative Folgen für das Image der Steuerbehörde insgesamt verhindert werden. Deshalb sind Mitarbeiter der Abteilung oft bei Kollektiven der Steuerbehörde, sprechen mit den Menschen, erklären die Normen der Antikorruptionsgesetzgebung, führen Vorträge und Seminare für Steuerbeamte durch“, erklärte das Komitee.

„Aber das ist eine Seite der Medaille, die andere ist, dass Mitarbeiter der Abteilung vorhandene Korruptionsfälle aufdecken. Bei der Arbeit stützt sich die Abteilung auf operative Informationen sowie auf Mitteilungen von Menschen über mögliche Verstöße von Mitarbeitern der Steuerorgane“, teilte das staatliche Komitee mit.

de.sputniknews.com: **Pompeo verkündet: So werden USA aus INF-Vertrag aussteigen**

US-Außenminister Mike Pompeo hat bei der Pressekonferenz in Washington am Freitag bekannt gegeben, wie die Vereinigten Staaten in der Zukunft mit dem INF-Vertrag umgehen werden und wie der US-Ausstieg aus dem Abkommen aussehen wird.

Laut Pompeo stellen die USA ihre Teilnahme am Vertrag zunächst ab dem 2. Februar ein und beginnen zugleich mit der Prozedur des Ausstiegs.

Dies begründet er mit einem angeblichen Verstoß Russlands gegen den Vertrag, der die europäischen Verbündeten bedrohen würde, so der US-Außenminister.

Der offizielle Ausstieg soll dann in sechs Monaten ausgeführt werden, wenn Russland nicht die aus Washington gestellten Bedingungen erfüllt.

Zu den Bedingungen zählt unter anderem die Vernichtung einiger Raketentypen und Raketenabschussanlagen.

Auch US-Präsident Donald Trump hat sich zum verkündeten Ausstieg der USA geäußert.

Laut Trump werde die Entscheidung über den US-Ausstieg auch von Nato-Verbündeten gutgeheißen.

Zugleich verkündete der US-Präsident, dass die Vereinigten Staaten neue Waffensysteme entwickeln werden, um die angebliche Verletzung des Vertrags seitens Moskau zu beantworten.

Bereits vor der offiziellen Verkündung von Pompeo hatten Vertreter Russlands diesen Schritt der USA scharf kritisiert.

„Der fehlende Wille der Amerikaner, sich Argumente anzuhören und substanzielle Verhandlungen mit uns zu führen, zeigt, dass die Entscheidung, diesen Vertrag zu brechen, in Washington schon vor langer Zeit getroffen wurde“, sagte etwa ein Kreml-Sprecher.

In den letzten Jahren warfen Moskau und Washington einander regelmäßig vor, gegen den INF-Vertrag zu verstoßen. Washington geht davon aus, dass Moskau die wahren Möglichkeiten des neuartigen Marschflugkörpers 9M729 für Iskander-Komplexe verheimlicht. Dem Pentagon zufolge hat die Rakete eine Flugweite von mehr als 500 Kilometern.

Moskau weist die Anschuldigungen als aus der Luft gegriffen zurück und fordert von den USA die Untermauerung ihrer Vorwürfe mit konkreten Fakten.

Der 1987 zwischen den USA und der damaligen Sowjetunion geschlossene Abrüstungspakt sieht die Abschaffung aller bodengestützten, nuklear bestückbaren Raketen mit einer Reichweite von 500 bis 5500 Kilometern vor.

Mil-Inr.info: Wöchentliche Pressekonferenz des Leiters der Volksmiliz der LVR Oberst M. Ju. Filiponenko über die Situation an der Kontaktlinie vom 26. Januar bis 1. Februar 2019

Guten Tag! Heute informiere ich über Ergebnisse der Tätigkeit der Volksmiliz der LVR und die Lage an der Kontaktlinie in der letzten Woche.

In der letzten Woche wurden mit dem Personal der Volksmiliz der LVR Übungen zur taktischen Schießausbildung und zur topographischen Ausbildung durchgeführt.

Es wurden taktische Schießübungen und Übungen zur Zusammenarbeit von Panzergrenadierkompanien durchgeführt, bei denen verschiedene taktische Aufgaben bei der Verteidigung und bei Gegenangriffen bearbeitet wurden.

In der letzten Woche haben die technischen Einheiten Arbeiten zur Entminung von Örtlichkeiten und zur Beseitigung nicht detonierter Munition in der Nähe der Kontaktlinie durchgeführt.

Die Einheiten der Volksmiliz lassen weiterhin in ihrer Wachsamkeit nicht nach und befinden sich ständiger Bereitschaft zur Abwehr von Provokationen von Seiten des Gegners und seiner Versuche zur Destabilisierung der Lage in der Republik.

Die ukrainische Seite ignoriert weiterhin die Minsker Vereinbarungen und beschießt Ortschaften der Republik.

Insgesamt haben die ukrainischen Truppen **in der letzten Woche 29-mal das Regime der Feuereinstellung verletzt**. Auf das Territorium der Republik wurden mehr als 500 Geschosse abgefeuert.

Von Seiten der ukrainischen Truppen wurden die Gebiete von **15 Ortschaften beschossen**.

Die verbrecherischen Befehle zur Eröffnung des Feuers auf das Territorium der LVR erteilten folgende Kriegsverbrecher und Brigadekommandeure:

der 54. Brigade Majstrenko, der 10. Subanitsch, der 25. Sentschenko, der 30. Garas.

Vertreter der OSZE-Mission stellen weiter **verbotene Technik der ukrainischen Streitkräfte an der Kontaktlinie** fest. In der letzten Woche wurden mehr als 80 Waffensysteme außerhalb der Lagerorte registriert:

5 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“;

6 Antipanzergeschütze MT-12;

10 122mm-Haubitzen „Gwosdika“;

1 Antipanzraketenkomplex 9P148 „Konkurs“;

6 Artilleriegeschütze 2S9 „Nona-C“;

10 T-72-Panzer und ein nicht identifizierter Panzer;

63 Haubitzen 2A65 „Msta-B“, 2A36 „Giazint-B“.

Die vor den OSZE-Beobachtern versteckten Waffen der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte werden regelmäßig zum Beschuss des Territoriums der LVR verwendet.

In der letzten Woche hat das Kommando der OOS die **Aufklärung mit Drohnen an der Kontaktlinie** aktiviert.

So wurden Drohnenflüge im Verantwortungsbereich der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Popasnaja und Solotoje-4 sowie im

Verantwortungsbereich der 30 Brigade im Gebiet von Luganskoje und Troizkoje registriert.

Wir stellen weiter ein **Anwachsen der Zahl der Rechtsverletzungen und Verbrechen von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte** auf von Kiew kontrolliertem Territorium fest.

So ist am 27. Januar am Abschnitt der Straße im Gebiet von Stschastje ein Lastwagen vom Typ Ural, der für den Transport von Munition verwendet wird, umgestürzt.

Bei der Ermittlung wurde festgestellt, dass der Fahrer des Ural, der Soldat der 25.

Luftsturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte Malnew in betrunkenem Zustand war und das Fahrzeug deswegen umstürzte. Zum Glück führte der Unfall nicht zur Explosion der

Munition, die von dem betrunkenen Soldaten, transportiert wurde. Am Ort des Geschehens

sind Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes eingetroffen und haben die Straße gesperrt, was zu einem Verkehrsstau führte. Der Fahrer wurde in ernstem Zustand mit einer

Gehirnerschütterung in ein Krankenhaus eingeliefert.

Dieser Fall ist nicht der einzige in dieser Woche. Nachdem es ihnen nicht gelungen war, auf

den Positionen der 59. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, die aus der OOS-Zone abgezogen wurde, unterzukommen, erwiesen sich die Soldaten der 25. Luftlandebrigade als leidenschaftliche Liebhaber davon, am Steuer zu trinken.

Am 28. Januar beschwerten sich Einwohner von Teploje bei der örtlichen Polizei, weil ein Zaun von Soldaten der 25. Brigade der ukrainischen Streitkräfte zerstört wurde. Aus den Anzeigen der Betroffenen folgt, dass die „Luftlandsoldaten“ auf einem Schützenpanzerwagen fuhren, den Zaun niederfuhren und vom Ort des Geschehens flohen und dabei durch den Garten fuhren.

Der Kommandeur der 25. Brigade Sentschenko leugnet die Beteiligung seiner Untergebenen an dem Geschehen.

Nach Informationen unserer Quellen hat Sentschenko eine interne Ermittlung durchgeführt, bei der festgestellt wurde, dass drei Soldaten der Brigade in betrunkenem Zustand eigenmächtig ihre Positionen verlassen hatten und in die nächste Ortschaften fuhren, um mit einem Schützenpanzer die nächste Portion Alkohol zu holen, was dann zur Beschädigung an ziviler Infrastruktur führte.

Die Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes versuchten nicht einmal, den betroffenen zivilen Einwohnern Unterstützung zu leisten.

In der letzten Woche haben Ermittler des staatlichen Ermittlungsbüros der Ukraine in Sewerodonozk den Kommandeur der 10. Gebirgssturmbriade Oberst Subanitsch festgenommen, als dieser ein Bestechungsgeld von 2500 US-Dollar für die Nichtbehinderung des Schmuggels einer großen Partie russischer Zigaretten entgegennahm, Ebenfalls festgenommen wurde ein operativer Mitarbeiter des SBU, der auch einen Anteil erhielt. Der Kriegsverbrecher Subanitsch befasst sich schon lange Zeit mit der Deckung von Schmuggel auf dem von ihm kontrollierten Territorium. In der letzten Woche ist es ihm gelungen, der Verantwortung für die ungesetzliche Fällung von Bäumen aus dem Waldbestand der Ukraine in einer Gesamtsumme von einer Million Griwna zu entgehen, und hat dafür seine „Geschäftspartner“, den Leiter der Bezirksabteilung des staatlichen Dienstes für Notfallsituationen im Lugansker Oblast und den Leiter der staatlichen Feuerwache bloßzustellen. Dieses Mal hat der Kommandeur des OOS S. Najew die aufgrund der Straflosigkeit frechen Untergebenen nicht gedeckt und Subanitsch muss sich selbst vom staatlichen Ermittlungsbüro der Ukraine freikaufen oder endlich für seine Verbrechen die Verantwortung übernehmen.

Die Volksmiliz spielt eine entscheidende Rolle bei der Gewährleistung des Schutzes und der Sicherheit der Republik. Wir halten die Minsker Vereinbarungen streng ein und streben danach, militärische und andere Provokationen von Seiten der Ukraine zu verhindern.

de.sputniknews.com: **Waffenbau mit Ukraine verboten: Deutsche Politik beweist Umsichtigkeit – Experte**

Die Bundesregierung hat eine Waffenkooperation mit der Ukraine verboten: Der Rüstungskonzern Rheinmetall darf kein Raketensystem mit dem ukrainischen Waffenbauer Arsenal entwickeln. Ohne Hilfe von außen wird die Ukraine die Entwicklung einer hochkomplexen Waffe nicht bewältigen, sagte ein Experte im Sputnik-Gespräch. Es hätte ein hochmobiles Flugabwehrsystem werden sollen. Rheinmetall hätte das Fahrgestell und die Elektronik zur Zielerfassung dafür beigesteuert. „Doch unsere deutschen Freunde aus der Regierung haben es dem Unternehmen verboten“, sagte der Vize-Chef des Arsenal-Konzerns, Alexander Klotschko, einem ukrainischen Nachrichtenportal. Die Entwicklung gehe jedoch weiter, jetzt in Zusammenarbeit mit kleineren ukrainischen Rüstungsfirmen, versicherte der Manager.

Ohne Hilfe von außen kann die Ukraine die Entwicklung eines Waffensystems von dieser Komplexität nicht bewältigen, sagte Militärexperte Wladimir Bogatyrew, Generalmajor a.D., im Sputnik-Gespräch: „Gegenwärtig hat die Ukraine weder die wissenschaftliche noch die

technische Grundlage dafür.“

„Dass Deutschland auf die Entwicklung eines Waffensystems mit der Ukraine verzichtet, zeugt von der Umsicht deutscher Politiker und Militärs“, so der Experte weiter. Offenbar verstehe die deutsche Führung, „dass man ein Land, das sich permanent in bewaffneten Konflikten befindet, nicht blindlings unterstützen darf“.

„Die Hardliner, die die Ukraine regieren“, so der Experte, „werden die Spannungen im Donbass nur verstärken, weitere Waffenkonflikte provozieren“. Deshalb habe Berlin bei aller politischen Unterstützung für Kiew nicht vor, diese auch auf den Militärbereich auszuweiten: „Es besteht die Gefahr, dass Deutschland mittels der gemeinsamen Waffenentwicklung in diesen Konflikt hineingezogen wird.“

Davon abgesehen: „Die Ukraine ist innenpolitisch instabil und wirtschaftlich schwach. Das Land ist hochverschuldet. Es fehlt die Möglichkeit, viele eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen.“ Auch deshalb sei eine Zusammenarbeit mit einem ukrainischen Konzern schwierig. „Hoffen wir also, dass deutsche Politiker, Wirtschaftsleute und Militärs auch künftig vernünftig bleiben“, so Wladimir Bogatyrew.

Lug-info.com: „Infolge einer am 31.1.19 um 22:25 Uhr festgestellten Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen aus Richtung Solotoje-4 auf das Territorium der LVR wurden im Gebiet von **Solotoje-5 (Michajlowka) drei Objekte der zivilen Infrastruktur beschädigt**“, teilte die Vertretung der LVR im GZKK mit.

So wurden beim Kindergarten „Berjoska“ in der Lisa-Tschajkina-Straße 22/23 Schäden durch Kugeln an den Fenstern der Küche festgestellt; in der Proiswodstwenaja-Straße 10 ein Krater eines 82mm-Mörsergeschosses im Gelände neben dem Haus; in der Krylow-Straße 5 ein Schaden durch Kugeln an Fensterscheiben und Haushaltstechnik. ...

abends:

de.sputniknews.com: „**Wenig Ahnung von Pressefreiheit**“ – **Seibert zu russischer Kritik an deutschen Medien**

Regierungssprecher Steffen Seibert hat die Kritik des russischen Außenministeriums an den deutschen Medien entschieden zurückgewiesen. Am Donnerstag warf die Sprecherin des russischen Außenamtes, Maria Sacharowa, der deutschen Presse vor, gegen Russlands Medien „eine echte Hetzkampagne“ zu fahren.

Als „abwegige Behauptung“ bezeichnete Regierungssprecher Steffen Seibert den Vorwurf Sacharowas, deutsche Medien würden eine gezielte Hetzkampagne gegen „RT Deutsch“ und Sputnik fahren. Das Gegenargument von Sacharowa, viele dieser Medien würden ebenfalls vom Staat finanziert, interpretierte Seibert als direkte Anschuldigung gegen die Bundesregierung. „Wer solche abwegigen Behauptungen in die Welt setzt, der hat wenig Ahnung von Deutschland und wenig Ahnung von der Pressefreiheit. Oder er will bewusst Deutschland in ein schiefes Licht rücken. So oder so: Ich weise diese Behauptungen entschieden zurück“, so Seibert. Die Bundesregierung achte die Pressefreiheit, und unabhängige Medien würden sie Tag für Tag ausüben.

Sacharowa hatte in ihrer wöchentlichen Pressekonferenz am Donnerstag von einer orchestrierten Kampagne gegen „RT Deutsch“ und „Sputnik“ gesprochen. In erster Linie hatte sie die Forderung des deutschen Journalistenverbands angesprochen, RT Deutsch solle jegliche Sendelizenzen entzogen werden. „Bild“ hatte sich aktiv gegen deren Erteilung eingesetzt.

Dem folgten die „Deutsche Welle“, die ARD sowie „t-online“, die ebenso die Verfolgung russischer Auslandsmedien mit staatlicher Unterstützung betreiben würden. ARD und

Deutsche Welle werden, wie bekannt, direkt vom Bund finanziert.

Wo die russische Sichtweise allein zur „Gegenreaktion“ aufruft

Der Deutsche Journalistenverband (DJV) hat die Vorwürfe als unbegründet bezeichnet. Laut dem DJV-Vorsitzenden Frank Überall sind alle Mittel gut, solange „es um eine Reaktion auf das Propagandainstrument des Kremls“ gehe, das mit „Desinformation Politik zu machen versucht“, geht aus einer Pressemitteilung hervor. „Eine Rundfunklizenz für Propagandasender darf es nicht geben“, so der DJV-Vorsitzende, denn „RT hat immer wieder Geschichten erfunden oder Ereignisse einseitig dargestellt“. Belegt hat er seine Behauptung nicht.

Von einer Verfolgung russischer Medien in Deutschland könne keine Rede sein, kommentierte der Sprecher von „Reporter ohne Grenzen“, Christian Mihr. RT und Sputnik seien Nachrichtenkanäle des russischen Staates, die mit dem Ziel gegründet wurden, einem internationalen Publikum die russische Sichtweise der Welt zu vermitteln. Insofern könne man die Gegenreaktion der deutschen Medien nicht als „Verfolgung“ oder „russophob“ bezeichnen.

Springerpresse zeigt sich befriedigt

Wie immer, wenn es darum geht, gegen Russland zu wettern, ist „Bild“-Redakteur Julian Röpcke auch diesmal zur Stelle. „Herzlichen Glückwunsch an @mfa_russia zur heutigen Präsenz Ihres Chefs auf Seite 1 von Deutschlands meistverkaufter Zeitung“, ätzt Röpcke in gewohnter Manier auf Twitter, wo er den russischen Außenminister als „Verlierer“ präsentiert. Noch vor wenigen Wochen hatte „der Politikchef“ der Boulevardzeitung die Nazi-Sprache benutzt, um gegen russische Medien zu hetzen. In einem Artikel von ihm wurde der Fernsehsender RT Deutsch als „Feindsender“ bezeichnet.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32380/27/323802785.jpg>

de.sputniknews.com: DJV verweigert Kontakt zu RT und Sputnik – Nun meldet sich Russlands Außenamt

Das Außenministerium Russlands hat den Deutschen Journalisten-Verband (DJV) in einem offenen Brief zur Wahrung der Pressefreiheit aufgerufen. „Da Sie keinen Kontakt zu RT Deutsch und Sputnik Deutschland haben wollen, wenden wir uns in deren Namen an Sie“, heißt es in dem auf Facebook veröffentlichten Schreiben.

„Im Artikel 5 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ist das Recht eines jeden auf den Erhalt von Informationen aus allgemein zugänglichen Quellen festgeschrieben. Trotzdem ruft der DJV als die größte professionelle Journalisten-Gemeinschaft Deutschlands die Behörden auf, der TV-Anstalt RT, die ein großes Auditorium hat, die beantragte Sendelizenz zu verweigern. Das bedeutet, dass Bundesbürger – die meisten Abnehmer des

Produkts von RT Deutsch – um ihre verfassungsmäßigen Rechte gebracht werden“, schreibt das russische Außenamt.

Und weiter: „Der DJV betrachtet Sputnik und RT Deutsch nicht als Massenmedien und verweigert ihnen jegliche Kommentare. Das ist ein direkter Verstoß gegen das oben erwähnte Verfassungsrecht, das ist wohl das schlimmste Beispiel für arrogante und grundlose Segregation und Diskriminierung eigener Kollegen.“

Das russische Außenministerium weist darauf hin, dass die in Russland akkreditierten deutschen Medien bislang nie diskriminiert wurden. Die Redefreiheit werde in Russland nicht interpretiert, sie werde gewahrt.

„Die deutschen Regulierungsbehörden hatten bislang keine Einwände gegen die Aktivitäten von RT Deutsch in der Bundesrepublik. Indes steht die größte Boulevardzeitung ‚Bild‘ nicht nur ganz oben auf der Sünderliste, sondern übt verächtlich heftige Kritik an entsprechenden Entscheidungen der Regulierungsbehörde.

Wir erwarten von Ihnen (DJV) heute noch konkrete FAKTEN, auf die sich ihre Anschuldigungen gegen RT und Sputnik gründen, die angeblich gegen die Pressefreiheit verstoßen. Sonst werden wir Ihre Erklärungen als politisch motiviert und auf Anweisung von oben verfasst betrachten. Ein Tipp: Wiederholen Sie bitte keine Fehler aus der deutschen Geschichte!

P.S.: Wie wär’s mit einer Reaktion auf Verstöße gegen die Redefreiheit in der Ukraine? Oder ist dieses Thema für den DJV uninteressant? Ebenso wie der erstarkende Nationalismus in diesem Land?“

de.sputniknews.com: **Syrien: Moskau wirft Washington Skrupellosigkeit vor**

Die USA sind bereit, für ihre geopolitischen Zwecke selbst ausgemachte Terroristen zu benutzen. Dies ist dem Kommentar der Presseabteilung des russischen Außenministeriums zu entnehmen, der im Zusammenhang mit einem Bericht der nationalen Nachrichtendienste der USA abgegeben wurde.

„Wie wir am Beispiel dessen sehen können, was in Syrien abläuft, ist Washington bereit, selbst ausgemachte Terroristen für seine geopolitischen Zwecke zu nutzen. Seit acht Jahren, in denen der syrische Krieg andauert, unterstützen die amerikanischen Geheimdienste Banditen, die direkt mit Al-Qaida verbunden sind, und schützen sie vor Vergeltungsmaßnahmen entgegen ihrer eigenen Gesetzgebung, indem sie vergebens darauf hoffen, mit ihrer Hilfe den Machtwechsel in Damaskus zu verwirklichen“, heißt es in dem Kommentar.

Russland habe das Gefühl, dass die USA kein Interesse mehr an der internationalen Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung haben, und dies „trotz einer so harten Lektion aus der eigenen Geschichte wie den Terroranschlägen von Al-Qaida am 11. September 2001“.

„Anstatt sich den realen Herausforderungen zu stellen, zieht Washington frei erfundene Drohungen vor, indem es seine Öffentlichkeit auf eine Konfrontation mit den Staaten vorbereitet, die den Amerikanern keinen Schaden zufügen wollen“, so das russische Außenministerium.

„Im Gegenteil sind es die USA, die ständig versuchen, Russland, China, den Iran und die Demokratische Volksrepublik Korea mit wirtschaftlichen Sanktionen und einer Demonstration militärischer Gewalt an ihren Grenzen unter Druck zu setzen“, so der Kommentar.

Zuvor am 29. Januar war der Direktor der nationalen Nachrichtendienste in den USA, Dan Coats, vor dem Nachrichtendienstausschuss des US-Senats aufgetreten. Dem Außenministerium Russlands zufolge geht aus seinem Bericht nicht vor, dass der internationale Terrorismus die Hauptgefahr für die USA sei. In den Mittelpunkt sei die Notwendigkeit getreten, sich Russland und China, die Washington als Hauptkonkurrenten betrachte, sowie dem Iran und der Demokratischen Volksrepublik Korea zu widersetzen.

de.sputniknews.com: **Trump will neuen Rüstungskontrollvertrag mit Russland diskutieren – Medien**

Im Vorfeld der geplanten Aufkündigung des INF-Vertrages durch die USA hat US-Präsident Donald Trump laut der Agentur Reuters den Wunsch bekundet, Gespräche über den Abschluss eines neuen Rüstungskontrollvertrages mit Russland zu führen.

„Ich hoffe, dass wir uns alle in einem großen und schönen Raum versammeln und einen neuen Vertrag abschließen können, der viel besser sein wird. Das würde ich gerne sehen“, sagte Trump am Freitag im Weißen Haus vor Journalisten.

Zuvor am Freitag hatte US-Außenminister Mike Pompeo bei einer Pressekonferenz in Washington bekanntgegeben, wie die Vereinigten Staaten in der Zukunft mit dem INF-Vertrag umgehen und wie der US-Ausstieg aus dem Abkommen aussehen wird.

Laut Pompeo stellen die USA ihre Teilnahme an dem Vertrag zunächst ab dem 2. Februar ein und beginnen zugleich mit der Prozedur des Ausstiegs. ...